

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 23.08.2023

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Frau Dr. Asma Ait Allali

Herr Robert Alich

Herr Jan Banze

Frau Jana Bohne

Herr John Simon Chowdry

Herr Vincenzo Copertino

Frau Hanane El Alaoui

Herr Cihad Kefeli

Herr Ammar Kojan

Herr Christos Papakostas

Herr Klaus Rees

Herr Cemil Yildirim

Herr Jürgen Zilke

Nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Tanja Orłowski

Herr Jan Maik Schlifter

Frau Brigitte Stelze

Frau Miriam Welz

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Adilović begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zu Punkt 1

Einwohnerfragestunde

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Die Einwohnerfragestunde wurde nicht genutzt.

Zu Punkt 2

Genehmigung von Niederschriften

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zu Punkt 2.1

Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Integrationsrates am 22.03.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über die 24. Sitzung des Integrationsrates am 22.03.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung des Integrationsrates am 24.05.2023**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über die 25. Sitzung des Integrationsrates am 24.05.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

-.-.-

Zu Punkt 3.1 **Bericht aus den Arbeitskreisen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Herr Alich und Frau Adilović berichten über die Aktivitäten des AK Öffentlichkeitsarbeit. Das sind u. a. die Pflege der Homepage, die Beschaffung von Werbeartikeln sowie die Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen des Jubiläumsjahres:

- Ausstellung „Angekommen“
- Vielfaltsfest
- 04.11.2023 Jubiläumsfeier – 50 Jahre Integrationsrat Bielefeld

Herr Rees regt an, zur nächsten Sitzung Vertreter*innen des Historischen Museums einzuladen, um über die Ausstellung „Angekommen“ abschließend zu berichten.

Zu Punkt 3.2 Neuer Termin für IR-Sitzung im Oktober: 18.10.2023

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Da die Mitglieder des Integrationsrates am 25.10.2023 zu einem Besuch des Landtags in Düsseldorf eingeladen sind, wird der Sitzungstermin im Oktober vorgezogen. Der neue Sitzungstermin ist

am Mittwoch, 18.10.2023, um 17:00 Uhr im Concarneau-Raum, Neues Rathaus.

Der Integrationsrat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 Besuch des Landtags in Düsseldorf am 25.10.2023

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Die Mitglieder des Integrationsrates sind von Frau Osei (MdL) zu einem Besuch des Landtags NRW nach Düsseldorf eingeladen. Die Fahrt wird von der Geschäftsstelle des Integrationsrates organisiert. Anmeldeabschluss für die Teilnahme ist Mittwoch, 23.08.2023.

Der Integrationsrat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.4 Neue Homepage des KI

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Das KI hat seine Homepage grundlegend überarbeitet. Das Ergebnis lässt sich auf verschiedenen Endgeräten nutzen. Die entsprechende App befindet sich in der Entwicklung.

Die Website www.ki-bielefeld.de richte sich an Akteur*innen aus dem Bildungs- und Integrationsbereich.

Die Website www.neu-in-bielefeld.de stelle Nutzer*innen mit internationaler Familiengeschichte, die in Bielefeld neu sind, in den Fokus. Übersichtlich und informativ ziele sie darauf ab, den Start in der neuen Stadt zu erleichtern.

Die Mitglieder des Integrationsrates werden gebeten, die neuen Websites in ihren Netzwerken zu verbreiten.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Bielefelder Integrationspreis

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Die Verwaltung berichtet über den Stand der Dinge beim Bielefelder Integrationspreis. Bislang seien schon einige Bewerbungen und Nominierungen sowohl von Einzelpersonen als auch von Institutionen eingegangen. Einsendeschluss für weitere Vorschläge sei Freitag, 08.09.2023.

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Integrationsmonitoring

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Herr Wörmann berichtet über den Stand der Dinge des Integrationsmonitorings:

Die Befragung sei abgeschlossen. Von rund 6.900 versendeten Fragebögen habe es einen höchst erfreulichen Rücklauf von ca. 1.600 Teilnahmen gegeben. Davon seien rund 1.300 Antworten online eingegangen und weitere 300 auf Papier. Im nächsten Schritt erfolge die digitale Aufbereitung zur Vorbereitung der Auswertung. Später werde das KI die Ergebnisse des Integrationsmonitorings vorstellen.

Zu Punkt 3.7 Fachtagung „Migrant*innenorganisationen in Umbruchzeiten“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Das KI organisiert eine Fachtagung zum Thema Migrant*innenorganisationen an:

Thema: **„Migrant*innenorganisationen in Umbruchzeiten“**

Datum: **01.12.2023, 16:00 – 19:30 Uhr**

Ort: **Großer Ratssaal, Neues Rathaus**

Anmeldungen sind ab sofort bis zum 24.11.2023 möglich.

Frau Adilovic stellt fest, dass sich viele Mitglieder des Integrationsrates in Migrant*innenorganisationen engagieren und fordert das KI auf diese zukünftig nicht nur stärker sondern auch bereits bei der Planung einzubeziehen – so, wie es in der Vergangenheit geschehen sei.

Die Mitglieder des Integrationsrates werden gebeten, in ihren Netzwerken auf die Fachtagung aufmerksam zu machen.

Zu Punkt 4 Anfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zu Punkt 4.1 Migrantenselbstorganisationen und Netzwerk MSO

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6544/2020-2025

Anfrage bezüglich Migrantenselbstorganisationen und Netzwerk MSO für Integrationsratssitzung

Frage:

1. Seit längerem- und auf der Seite des KI wird von ca. 70 MSO in Bielefeld gesprochen. Wie wurden diese Zahlen ermittelt? Wie geschieht die Aktualisierung?

Antwort:

Das KI Bielefeld und seine Vorgängerorganisationen (Amt für Integration und sowie das Interkulturelle Büro) haben seit mehr als 30 Jahren einen vertrauensvollen Zugang zu der Bevölkerung mit internationaler Familiengeschichte Bielefelds, die sich z.T. in Vereinen engagiert. Die Adressen von Migrantenorganisationen (MO), die sich mit der Stadt Bielefeld vernetzen, sind in einer Verteilerliste erfasst, die ca. 75 Vereine umfasst und laufend aktualisiert wird.

Die Arbeit von Vereinen beruht auf reiner Ehrenamtlichkeit. Somit hängt sie von aktiven Vorständen, den engagierten Mitgliedern und auch von der Förderung des Nachwuchses ab. Bei MO kommt hinzu, dass sich das Migrationsgeschehen in der Stadt (und in der Welt) auf die Arbeit der Vereine auswirkt. Neue Vereine gründen sich, andere gewinnen aufgrund von Krisen in der Welt plötzlich neue Mitglieder, wiederum andere kommen zum Erliegen. Somit kann nicht immer eine direkte Aussage über die aktuelle Aktivität der gelisteten Vereine getroffen werden. Und: Nicht alle Vereine haben das Ziel und den Bedarf, sich mit der Kommune bzw. im Netzwerk MO zu vernetzen.

Bei längerer Inaktivität werden Vereine aus dem aktuellen Verteiler gelöscht.

Frage:

2. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Migrantenselbstorganisationen in das Netzwerk MSO der Stadt Bielefeld aufzunehmen? Gibt es bestimmte Kriterien oder Verfahren, die dabei angewendet werden? Wie wird die Gleichberechtigung bei der Anteilnahme gewährleistet?

Antwort:

Bei einer ersten Kontaktaufnahme mit MO werden die Organisationen über das bestehende Netzwerk informiert, die Satzung des Vereins wird aufgenommen. Sofern die Organisationsvertreter*innen einverstanden sind, werden sie in den E-mail-Verteiler aufgenommen und zur nächsten Sitzung eingeladen. Auf diesem Wege werden sie über geplante bzw. laufende Projekte und finanzielle Fördermöglichkeiten informiert.

Das wesentliche Kriterium für die Teilnahme am Netzwerk ist, dass die Interessierten Mitglied einer MO in Bielefeld sind und sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte einsetzen und deren Integration und das gesellschaftliche Zusammenleben fördern. Über die kommunale Mittelvergabe wird indirekt auch die Teilnahme am Netzwerk gesteuert und umgekehrt. Eine finanzielle Unterstützung der Kommune motiviert zum Engagement im Netzwerk der MO.

Das Netzwerk MO ist kein Gremium, sondern ein Netzwerk des Austauschs und der Informationsweitergabe. Alle Teilnehmenden an einem Treffen sind gleichberechtigt. Das KI erstellt jeweils ein inhaltliches Pro-

gramm für die Sitzungen, das sich aus aktuellen Themen oder Projekten in der Kommune, den genannten Bedarfen bei den Treffen oder aus Beratungsgesprächen mit den Vereinen ergibt.

In der Vergangenheit wurde eine Broschüre mit Steckbriefen der migran-tischen Vereine erstellt. Auch auf der neuen KI Website sollen sich Verei-ne präsentieren können, was wir zurzeit offensiv bewerben und zukünftig weiter ausbauen möchten.

Frage:

3. Werden die MSO durch die Zuständigen* im KI für MSO regelmä-ßig aufgesucht und beraten?

Antwort:

Ja, das werden sie. Die Vereine werden laufend telefonisch oder persön-lich im Rathaus beraten. Falls eigene Räumlichkeiten vorhanden sind, besuchen Mitarbeiter*innen des KI die Vereine vor Ort und nehmen z.B. an Vereins-Veranstaltungen teil.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Rechtsextremismus Kennzahlen zu Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6545/2020-2025

Frage:

1. Hat die Verwaltung konkret bezogen auf die Stadt Bielefeld Kenntnisse und Informationen über die Entwicklung rechtsradikaler Kreise oder Einzelpersonen, sowie evtl. rechtsextremer Strukturen in den vergangenen Jahren? Wenn ja, woher bezieht sie diese In-formationen und was resultiert ggfls. daraus?

Antwort:

Konkrete eigene Zahlen zu diesen Entwicklungen hat die Verwaltung nicht. Der Staatsschutz der Polizei hat auf eine entsprechende Anfrage des KI Anfang des Jahres mitgeteilt, dass eine valide Einschätzung der Situation nur auf Basis erfolgter Straftaten möglich sei. In dem Zusam-menhang wurde auf anstehende Berichte verwiesen. Eine Zuordnung der Täter*innen zu Gruppen oder Parteien sei auf Basis der Statistik nicht möglich. Darüber hinaus sind unterschiedliche Arbeitsbereiche des KI im regelmäßigen, themenspezifischen Austausch mit der Polizei.

Die erwähnte Polizeiliche Auswertung zur politisch motivierten Kriminali-tät (230515_broschüre_jahresbilanz-pmk-2022.pdf (polizei.nrw) zeigt für Bielefeld einen Aufwärtstrend. 2020 gingen 71 Taten, 2021 53 Taten und 2022 87 Taten in die polizeiliche Statistik ein. Zugenommen haben Belei-digungen sowie volksverhetzende Aktivitäten. Auf hohem Niveau bleiben Verstöße gegen §86 und §86a StGB (Verbreiten verfassungsfeindlicher

Schriften und Zeigen von verfassungsfeindlichen Symbolen).

Über einen engen Austausch mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus OWL können jedoch überregionale Einschätzungen eingeholt werden, da Aktivitäten und Netzwerke nicht an Stadtgrenzen enden. Zeigen sich hier neue Bedarfe, so werden gezielt Angebote bzw. Veranstaltungen zusammen mit geeigneten Kooperationspartner*innen entwickelt und umgesetzt.

Frage:

2. *Hat die Stadt Bielefeld Kenntnisse und Informationen von Aktivitäten / Konzepten/ Projekten in der Stadtgesellschaft gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Diskriminierung?*

Antwort:

Im Bielefelder Netzwerk rassismuskritischer Arbeit sind u.a. Akteur*innen der Bildungs- und Präventionsarbeit sowie der Demokratieförderung vernetzt. Das Kommunale Integrationszentrum koordiniert dieses. Ein Austausch über bestehende Angebote und eine Informationsweitergabe ist so sichergestellt. Das Netzwerk bietet als Fachgremium - neben der Bündelung von Expertise - Unterstützung für Akteur*innen, die sich neu im Themenfeld engagieren wollen und ist Veranstalter*in der Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus. Gemeinsam ist das Netzwerk aktiv, um Rassismus und Rechtsextremismus über das ganze Jahr hinweg möglichst breit zu thematisieren, zu sensibilisieren und bei der Entwicklung von Gegenmaßnahmen zu unterstützen.

Im Rahmen des OWL-weiten Fachtages "Bevor es zu spät ist... Starke Netzwerke als Wegweiser gegen extremistische Gefahren" wird sich das Kommunale Integrationszentrum mit einem Workshop-Angebot sowie der Vorstellung eines Präventionsprojektes beteiligen.

Frage:

3. *Wie plant die Stadt Bielefeld, Aktivitäten zur Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus zu unterstützen und zu verstärken?*

Antwort:

Die Stadtverwaltung selbst hat u.a. bereits 2017 mit der Beteiligung am Landesprogramm NRWtoffen den Handlungsbedarf im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention aufgezeigt. Ergänzend hierzu hat das KI im selben Jahr den Schwerpunkt der gesamten KI-Arbeit auf „Demokratieförderung und ein diskriminierungsfreies Miteinander“ gelegt und somit eine Vielzahl an Aktivitäten und Projekten unter diesem Fokus geplant bzw. durchgeführt. Der damals gesetzte Schwerpunkt hat nicht an Relevanz verloren, so dass Angebote in diesem Themenfeld mittlerweile fest in das jährliche KI-Programm implementiert sind und stets weiterentwickelt werden.

Aktuelle Aktivitäten seitens des Kommunalen Integrationszentrum:

- Sensibilisierungsprojekt für Schüler*innen, Antisemitismus, Ras-

sismus, Islamfeindlichkeit (Running in your shoes) nach einem peer-to-peer-Ansatz,

- Fortbildungs- und Vernetzungsangebote für Lehrkräfte,
- Vernetzungs-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit im Rahmen des Projektes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR-SMC)“,
- Entwicklung eines Leitfadens zum Umgang bei Diskriminierung in Schule mit einem passenden Umsetzungsangebot,
- Abteilungsübergreifender Austausch mit dem Kommissariat Kriminalprävention,
- Koordination der Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus mit 84 Veranstaltungen in neun Stadtteilen,
- Unterstützung von Kooperationspartner*innen bei der Angebotskonzeption und –umsetzung.
- Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, ehrenamtlich Engagierte und Multiplikator*innen.

Um rassistische Diskriminierung nicht ausschließlich einseitig zu bearbeiten und auch negativ von Rassismus betroffene Menschen Unterstützung anbieten zu können, ist eine kommunale Antidiskriminierungsberatung eingerichtet, die berät und dokumentiert. Im Rahmen von NRWtoffen sollen in 2024 gezielt Empowerment-Angebote und -strukturen für Betroffene gefördert und gestärkt werden.

Da in der Antwort auf die Kriminalstatistik verwiesen wird, regt Herr Rees an, zu einer der nächsten Sitzungen eine*n Vertreter*in des zuständigen Polizeikommissariates einzuladen.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6551/2020-2025

Die Antwort auf die Anfrage zum herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) wird in der nächsten Sitzung durch Herrn Rammert, Schulamtsdirektor, gegeben.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Es liegen keinen Anträge vor.

Zu Punkt 6

Mitarbeit in Gremien

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Zu Punkt 6.1

Mitarbeit in Arbeitskreisen und Vergabegremien

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6506/2020-2025

Zu Beginn appelliert die Vorsitzende eindringlich an alle gewählten Mitglieder sich aktiv in den verschiedenen Arbeitskreisen und in der Gremienarbeit zu engagieren.

Herr Wörmann erläutert den Hintergrund der Vorlage: Die Aktualisierung sei notwendig um Rechtssicherheit für die zukünftige Auszahlung von Sitzungsgeldern sicher zu stellen.

Im Verlauf der lebhaften Diskussion kommt die Frage auf, ob alle gew. Mitglieder erreicht wurden, da einige Rückmeldungen fehlten. Es wird festgestellt, dass Ammar Kojan nicht Mitglied der IR-WhatsApp-Gruppe sei.

Da laut Herrn Copertino die Kommunikation per WhatsApp nicht rechtsverbindlich sei, will Frau Adilovic die Mitglieder nochmals per E-Mail befragen.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt den Beschluss über TOP 6.1 in die

nächste Sitzung zu verschieben.

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Mitarbeit in Ausschüssen und Beiräten

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Der Vorstand übernimmt die Koordination der Rückmeldungen zur Mitarbeit in Ausschüssen und Beiräten. In der nächsten Sitzung erfolgt der Beschluss darüber.

-.-.-

Zu Punkt 7 Zukünftige Anbindung und Finanzierung des Projekts "Komm, wir gehen spazieren"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6432/2020-2025

Der Integrationsrat fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Der Seniorenrat, der Beirat für Behindertenfragen und der Integrationsrat empfehlen,
der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Projekt „Komm, wir gehen spazieren“ vom 1.07. bis 31.12.2023 2.500,00 € und für 2024 5.000,00 € zur Verfügung zu stellen. Die Deckung erfolgt aus nicht verbrauchten Mitteln aus der Maßnahme „Erprobung von anderen, außergewöhnlichen Zugängen zu schwer erreichbaren Zielgruppen in der Corona-Pandemie (540-6)“ des Corona-Aktionsplans.
2. Die Fördersumme soll genutzt werden, um jährlich zwei Vernetzungsveranstaltungen für Spazierpat*innen und Spaziergänger*innen sowie fünf Fortbildungseinheiten für die Spazierpat*innen durchzuführen. Für die Durchführung zuständig ist die Koordinatorin des StadtSportBundes Bielefeld.
3. Diese Veranstaltungen sollen den Auftrag der Koordinatorin des StadtSportBundes unterstützen, die einzelnen Spaziertreffs an bestehende Strukturen im Quartier anzubinden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Lebenslagenbericht 2023 **Berichterstattung: J. Bergen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5866/2020-2025

Der Lebenslagenbericht 2023 der Stadt Bielefeld wird anhand einer PowerPointPräsentation von Herrn Bergen vorgestellt. Anschließend geht er auf die Fragen der IR-Mitglieder ein.

Frau El Alaoui bemängelt im Lebenslagenbericht die Verwendung des Begriffs „Ausländer“. Daran entfacht sich eine Diskussion über Begriffe, statistische Kategorien und den generellen Umgang mit negativ konnotierten Vokabeln.

Herr Zilke bedauert die überdurchschnittlich hohe Armutsquote in Bielefeld und fragt nach Gegenmaßnahmen.

Frau Adilovic kritisiert, dass Rentner*innen, Geflüchtet und anders Aussehende durch Armut stark stigmatisiert seien.

Anmerkung: Die PowerPointPräsentation ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 9

Inbetriebnahme der neuen Stadtteilzentren Oberlohmannshof und Windflöte

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6481/2020-2025

Der Integrationsrat fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Der Integrationsrat, die Bezirksvertretungen Jöllenbeck und Senne, der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Finanz- und Personalausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Die Ausführungen zum aktuellen Planungsstand und zur Entwicklung der fachlich-inhaltlichen zielgruppenübergreifenden Quartiersarbeit in den Stadtteilzentren werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird gebeten, die in der Begründung beschriebene Entwicklungsarbeit fortzusetzen.
2. In den Stadtteilen Oberlohmannshof und Senne / Windflöte werden empirische Befragungen rund um die beiden neuen Stadtteilzentren durchgeführt.
3. Den Finanzierungsvorschlägen unter 3.1. und 3.2. wird zugestimmt und die Verwaltung wird beauftragt, diese umzusetzen.

3.1. Abschluss von Leistungs- und Finanzierungsverträgen mit der Gesellschaft für Sozialarbeit e.V. für die Vorbereitung der Eröffnung/ die Inbetriebnahme sowie für die Leitung und den laufenden Betrieb des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof

01.08.2023- 31.10.2023: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 28.250 € für die Vorbereitung der Eröffnung und für die Inbetriebnahme des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof (Deckung durch Minderausgaben im Budget von 540 vorhanden)

01.11.2023- 31.12.2023: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 74.982 € für die Leitung und den Betrieb des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof (Deckung durch Minderausgaben im Budget von 540 und Mittelumschichtung –Nachbewilligung durch den Stadtkämmerer- aus dem Haushalt von 510 vorhanden)

2024ff: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 581.428 € jährlich für die Leitung und den Betrieb des Stadtteilzentrums

Im Haushaltsplanentwurf sind bislang Finanzmittel für 2024 von 525.301 € vorgesehen, so dass zusätzliche Haushaltsmittel für den ungedeckten Mehrbedarf i.H.v. 56.127 € in 2024 ff. bewilligt werden und über eine Veränderungsliste in die Etatberatungen einzubringen sind.

3.2. Abschluss von Leistungs- und Finanzierungsverträgen mit dem Diakonieverband Brackwede für die Vorbereitung der Eröffnung/die Inbetriebnahme sowie für die Leitung und den laufenden Betrieb des Stadtteilzentrums Windflöte

01.10.2023- 31.12.2023: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 24.750 € für die Vorbereitung der Eröffnung und für die Inbetriebnahme des Stadtteilzentrums (Deckung im Budget von 540 vorhanden)

2024ff: Bewilligung von Personal- und Sachkosten i.H.v. 257.345 € jährlich für die Leitung und den Betrieb des Stadtteilzentrums Windflöte

Im Haushaltsplanentwurf sind bislang Finanzmittel für 2024 von

251.450 € vorgesehen, so dass zusätzliche Haushaltsmittel für den ungedeckten Mehrbedarf i.H.v. 5.895 € in 2024 ff. bewilligt werden und über eine Veränderungsliste in die Etatberatungen einzubringen sind.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10 Zwischenbericht zu den Stadtteilmütter und-väter-Projekten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6228/2020-2025

Herr Zilke vermisst in mehreren Stadtteilen die „Stadtteil-Väter“.

Herr Nürnberger erläutert den geringeren Anteil an „Stadtteil-Vätern“ mit der oftmals unterschiedlichen Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 11 Zwischenbericht zur Umsetzung des Projektes „Running in your shoes“

Berichterstattung: Dr. Inga Koriath

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6395/2020-2025

Frau Dr. Koriath gibt anhand einer PowerPointPräsentation einen Zwischenbericht zum Projekt und geht anschließend auf die Fragen der IR-Mitglieder ein.

Anmerkung: Die PowerPointPräsentation ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der

Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

-.-.-

Zu Punkt 12.1 10+1 Bäume

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Herr Wörmann berichtet, dass die Beschlussvorlage „10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ noch immer auf den Abschluss und die Umsetzung warte. Die Bezirksvertretung Brackwede habe noch keinen Beschluss gefasst. Um den stockenden Prozess zu beschleunigen, sei der Vorgang auf eine höhere Verwaltungsebene gehoben und werde nun auf Dezernatsebene verhandelt.

-.-.-

Zu Punkt 12.2 Islamische Bestattungen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Am Donnerstag, 17.08.2023 fand in den Räumen des Umweltbetriebs der Stadt Bielefeld ein Abstimmungstreffen zu islamischen Bestattungen in Bielefeld statt. Neben Mitarbeitern der Verwaltung haben teilgenommen Herr Dr. Cemil Şahinöz, Soziologe, Herr Abdullah Akdeniz, Imam der Vat-an Moschee und Berater der BIG-Moscheen, Herr Cihad Kefeli, Vorstandsvorsitzender des BIG sowie Herr Bekir Erzen, stellv. Vorsitzender des BIG.

Das Protokoll des Treffens ist Bestandteil der Niederschrift und im folgenden abgedruckt:

Mitteilung der Verwaltung, Umweltbetrieb, 700.61 Abt. Planung und Unterhaltung Friedhöfe

Muslimische Bestattungen in Bielefeld

– Abstimmungstermin mit Vertretern der muslimischen Gemeinden

In der vergangenen Woche hat im Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld ein Abstimmungstermin zwischen Vertretern der muslimischen Gemeinden und der Verwaltung stattgefunden.

Bei dem Termin wurde über die nur noch sehr begrenzte Zahl an vorhandenen Grabstätten im derzeitigen Feld für muslimische Bestattungen gesprochen und über die westlich anschließende, beschlossene Erweiterung in zwei Bauabschnitten.

Die Verwaltung hat die Muslime darüber informiert, dass ein Konzept zu künftigen muslimischen Bestattungen in Bielefeld erstellt werden soll und hierfür die Rahmenbedingungen abgestimmt werden müssen.

Ein wichtiges Thema war die Festlegung der Kriterien zur Flächenauswahl. Hierbei ging es vor allem darum, ob auch bereits belegte Flächen z.B. auf dem Sennefriedhof für muslimische Bestattungen möglich sind oder nur unbelegte Flächen wie z.B. auf den Erweiterungsflächen des Friedhofs Altenhagen. Hierzu muss eine theologische Einschätzung abgewartet werden. Weiterhin wurden theologische Rahmenbedingungen und kulturelle Wünsche angesprochen.

Es wurde den Muslimen mitgeteilt, dass für die neuen Flächen politische Beschlüsse und ggf. auch eine Änderung der technischen Friedhofssatzung erforderlich sind.

Es wurde vereinbart, dass die muslimischen Vertreter in die Flächenfindung und Gestaltung einbezogen werden, um der Politik ein umsetzbares Konzept vorstellen zu können, welches auch bei den Muslimen auf Zustimmung trifft.

-.-.-

gez. Murisa Adilovic (Vorsitzende)

gez Angela Terbrack (Schriftführung)